TOP 3.6.3 Ausbildungspflicht – Stand der Umsetzung

Abteilung Arbeitsmarkt und Integration (Silvia Hofbauer) gemeinsam mit Abteilung Bildungspolitik (Renate Belschan-Casagrande)

1. Gesetzliche Grundlage der Ausbildungspflicht

Mit 1. August 2016 ist die Ausbildungspflicht in Kraft getreten. Wirksam wird sie erstmals für den Schulentlassjahrgang 2016/2017. Ab Juli 2017 besteht für alle Organisationen (Lehrlingsstellen, Schulen, an denen die Schulpflicht erfüllt wurde und auch Eltern) eine Meldepflicht an die Koordinationsstellen der Ausbildungspflicht, wenn die Jugendlichen eine Ausbildung vorzeitig abgebrochen haben und sie sich in keiner weiteren Ausbildung befinden.

2. Stand der Vorbereitungen

Bis zum Juli 2017 werden vom federführenden Ministerium, dem Sozialministerium, gemeinsam mit den Ländern die Umsetzungsstrukturen aufgebaut. Ein besonderer Schwerpunkt wird auch auf die Öffentlichkeitsarbeit gelegt um sicherzustellen, dass alle Betroffenen rechtzeitig und ausreichend informiert werden. Dies betrifft vorrangig natürlich Jugendliche und Eltern, aber auch die Schulen, die Betriebe und Lehrlingsstellen sowie diverse, in diesem Bereich tätige, Organisationen.

Die AK Wien wird dazu am 15. Mai gemeinsam mit der Jugendkoordination Wien und dem Sozialministeriumservice eine Informationsveranstaltung für Eltern (mit ihren Kindern) und LehrerInnen veranstalten. Zweck dieser Veranstaltung ist es sowohl über die Ausbildungspflicht an sich, aber auch über unterstützende und weiterführende Angebote zu informieren.

3. Zentrales Element: Perspektiven- und Betreuungsplan

Eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Ausbildungspflicht kommt dem Arbeitmarktservice und dem Sozialministeriumservice zu. Diese sind dann für die Jugendlichen zuständig, wenn keine durchgängige Ausbildung absolviert wird. Für diese Fälle müssen sie mit den Jugendlichen einen Betreuungs- und Perspektivenplan erstellen, mit dem der weitere Weg zur Erfüllung der Ausbildungspflicht vereinbart wird.

Die AK hat im Gesetzgebungsprozess besonderen Wert darauf gelegt, dass es für diesen Plan Mindeststandards geben muss um zu gewährleisten, dass die Jugendlichen gut betreut werden und das Ziel eines Ausbildungsabschlusses nicht aus den Augen verloren wird. Im Gesetz ist daher auch verankert, dass Mindestkriterien unter Einbeziehung des Beirats (dem die Sozialpartner angehören) festzulegen sind.

Derzeit werden diese Standards erarbeitet. AK und ÖGB haben die aus ihrer Sicht wesentlichen Anforderungen bereits eingebracht.

Diese sind vor allem:

- Für den Betreuung- und Perspektivenplan gibt es eine einheitliche Definition, die für alle beteiligten Organisationen bundesweit bindend ist, nicht nur eine unverbindliche Empfehlung.
- Es handelt sich dabei nicht um ein einzelnes Dokument, sondern um die Definition und Beschreibung eines Betreuungsprozesses, der sowohl die Perspektiven mit Zielformulierung sowie die dafür individuell notwendigen Betreuungsangebote umfasst und gemeinsam und einvernehmlich mit dem/der Jugendlichen erarbeitet wird.
- Die Entscheidung darüber, welches berufliche Ziel/welcher Abschluss verfolgt wird, sollte auf der Grundlage einer eingehenden und umfassenden Berufsorientierung gefällt werden, um die Motivation das Ziel zu erreichen möglichst aufrecht zu erhalten bzw zu wecken.
- Zumindest mittelfristig ist das Ziel immer der Abschluss einer Ausbildung. Dies ist von Beginn an zu kommunizieren und gemeinsam festzulegen. Der Perspektivenplan darf keinesfalls eine willkürliche Aneinanderreihung von Maßnahmen sein, die nicht in ursächlichem Zusammenhang mit einem Ausbildungsabschluss stehen.
- Die Maßnahmen der unterschiedlichen Organisationen müssen gut aufeinander abgestimmt sein.
- Eine durchgehende Betreuung muss gewährleistet sein, die über die übliche „Schalterbetreuung“ am AMS hinausgeht. Das heißt, wenn eine Maßnahme endet, muss für den Jugendlichen klar sein, wer sein Ansprechpartner ist, ebenso muss die Geschichte des Jugendlichen und das angestrebte klar definierte Ziel dem/r BetreuerIn bekannt sein, so dass der/die Jugendliche nicht wieder vorne beginnen muss.
- Hilfsarbeit darf nur dann als Maßnahme im Perspektivenplan genehmigt werden, wenn persönliche Gründe einen weiteren Ausbildungsschritt derzeit nicht möglich machen. Solche Gründe können keinesfalls Mithilfe im elterlichen Betrieb darstellen oder aufgrund sonstiger betrieblicher Notwendigkeiten vorliegen. Auch das Fehlen von sonstigen Ausbildungsplätzen stellt keinen Grund für die Genehmigung von Hilfsarbeit dar.
- Sollte Hilfsarbeit als probates Mittel identifiziert werden, ist von Beginn an klar zu stellen, dass dies nur für einen kurzen Zeitraum möglich ist und das Ziel des Ausbildungsabschlusses gleichzeitig definiert und in absehbarer Zeit auch weiterverfolgt werden muss.

Die Standards werden in einer Arbeitsgruppe bis zum Frühjahr 2017 erarbeitet und danach vom Sozialministerium verbindlich festgelegt. Darüber hinaus begleitet der Beirat alle Vorberatungshandlungen und danach die Umsetzung der Ausbildungspflicht.